



Für eine Einbindung des Kosovo in die europäische und internationale Staatengemeinschaft

Dieses Jahr feiern die Schweiz und Kosovo gleichzeitig das Jubiläum ihrer Staatsgründung. Die Schweiz wird 175 Jahre alt, Kosovo 15. Seit Beginn der Bestrebungen um Selbstbestimmung und Unabhängigkeit hat die Schweiz die Menschenrechtsverletzungen in Kosovo kritisiert und für eine politische Lösung plädiert. Die Option der Unabhängigkeit wurde im Uno-Sicherheitsrat bereits 2007 erwähnt. Die Schweiz war 2008 denn auch mit bei den ersten Ländern, die Kosovo als souveränen Staat anerkannten. Die damalige Aussenministerin, SP-Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, setzte sich massgeblich für eine rasche Anerkennung des Kosovo ein. Dieser Freundschaft ist die offizielle Schweiz treu geblieben und die SP setzt sich dafür ein, dass dies auch künftig der Fall ist.

Wir feiern diese beiden Geburtstage in schwierigen Zeiten für Europa. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine muss Europa auch zum Umdenken mit Blick auf seine Politik im Westbalkan führen. Der Westbalkan braucht nicht weitere 15 Jahre als Stabilität getarnten Stillstand, sondern offene Türen in die Europäische Union. Die Kosovar:innen haben bewiesen, dass sie willens und fähig sind, die Werte der Demokratie und der Freiheit zu verteidigen und zu leben. Das Land muss in seinen Reformbemühungen für saubere Regierungsführung und demokratische Entwicklung unterstützt werden. 15 Jahre nach der Gründung der Republik sollten die europäischen Partner das anerkennen. Wichtig ist vor allem der wirtschaftliche Zugang zum europäischen Binnenmarkt.

Die SP ruft den Bundesrat deshalb dazu auf...

- ... alle Bemühungen, um Normalisierung zwischen Serbien und Kosovo zu unterstützen. Beide Staaten müssen mit gleichen Ellen gemessen werden. Weitere Verzögerungstaktiken seitens der serbischen Regierung sind nicht mehr einfach tatenlos hinzunehmen, sondern sollten Folgen haben. Mit Blick auf die jüngsten Spannungen im Norden Kosovos ist es wichtig, dass die kosovarische Regierung den Dialog mit den Minderheiten sucht und ihre Verpflichtungen aus dem Brüsseler Dialog umsetzt. Die Souveränität des Kosovo ist vollumfänglich zu schützen und seine Verfassung zu respektieren. Eine Rückkehr zu nach ethnischen Kriterien gespaltenen Staaten im Westbalkan darf keine Option sein.
- ... in enger Abstimmung mit der EU mit umfangreichen Investitions-, Marktöffnungs- und Kooperationsprogrammen zur sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung und Umgestaltung der Energiesysteme auf dem Westbalkan beizutragen, damit dieser eine tragfähige europäische Perspektive behält und auch Kosovo eine gleichberechtigte Beitrittsperspektive zur EU erhält. Angesichts der imperialistischen Bedrohung durch das Putin-Regime und seiner Einflussnahme auf europäische Regierungen ist der Bundesrat aufgerufen, sich hier diplomatisch stärker einzubringen. Es ist Zeit zu entscheiden, auf welcher Seite der Geschichte die Schweiz und Europa stehen wollen. Auch der Entscheid des Ministerkomitee des Europarats mit zwei Dritteln der Stimmen der Mitgliedsstaaten, den Antrag auf Mitgliedschaft des Kosovo an die Parlamentarische Versammlung des Europarats weiterzuleiten, zeigt, dass der Moment für eine wichtige Weichenstellung erreicht ist.

- ... sich in einer diplomatischen Spitzeninitiative dafür einzusetzen, dass ausnahmslos alle EU-Staaten die Souveränität des Kosovo anerkennen und die Regierung des Kosovo auch in ihren Beitrittsbegehren zu den Institutionen des Europarates und anderer internationaler Organisationen unterstützen. Die aktuelle Situation verhindert eine kohärente und zukunftsfähige EU-Politik auf dem Balkan. Nachdem das EU-Parlament grünes Licht für die visafreie Einreise von Kosovar:innen in die EU, um somit auch in die Schweiz, gegeben hat, wäre dieser Schritt nichts anderes als konsequent.
- ... gemeinsam mit der kosovarischen Diaspora in der Schweiz transnationale Mechanismen und Strukturen aufzubauen, damit diese auf allen Ebenen wirksam zur sozial, demokratisch und ökologisch nachhaltigen Entwicklung des Kosovo beitragen können. Namentlich müssen im Kosovo starke und unabhängige Gewerkschaften aufgebaut und die industrielle und digitale Entwicklung gestärkt werden, damit die Jugend im Inland eine Perspektive erhält. Im Rahmen eines umfassenden Partnerschaftsabkommens zwischen der Schweiz und dem Kosovo ist dessen Regierung einzuladen, einen Sozial- und Wirtschaftsattaché nach der Schweiz zu entsenden, welcher der Diaspora als Ansprechperson und zentrale Anlaufstelle (*«single entry point»*) zur Verfügung steht.